Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang Donnerstag, den 18. September 1919 Nr. 452 / B 206 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 4,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Streit um Rußland.

Bullitts Enthüllungen.

Haag, 18. September.

Aus London wird gemeldet: Sämtliche Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Bullitt-Angelegenheit und dem Dementi Lloyd Georges.

Die „Times" bringt heute zu der ganzen Frage einen langen Leitartikel und veröffentlicht dazu Einzelheiten aus Bullitts Bericht im Senatsausschuß. Bullitt führte u. a. aus:

Im Januar machte Lloyd George den Vorschlag, in Paris eine Versammlung aller russischen Parteien einzuberufen. Am 31. Januar schlug dann Wilson in einer Versammlung des Obersten Alliierten Rates vor, diese Versammlung nicht nach Paris, sondern nach den Prinzeninseln einzuberufen. Trotz der Opposition Clemenceaus wurde beschlossen, die Versammlung dort anzuberaumen. Am 24. Februar hatte ich eine Unterredung mit Lloyd George und Clemenceau vereinbart.

Am 19. Februar erfolgte das Attentat auf Clemenceau und Lloyd George telegraphierte sofort nach London, daß dieses Attentat die Volkstümlichkeit Clemenceaus so heben würde, daß von einer Opposition gegen seine Wünsche nicht mehr die Rede sein könne. Dadurch wurde der Plan einer Versammlung auf den Prinzeninseln völlig fallen gelassen, und ich erhielt den Auftrag, nach Rußland zu gehen, um festzustellen, wie man die dortigen Kämpfe zu einem befriedigenden Ende führen könnte, und um den Vorschlag der Sowjetregierung einzuholen. Die Reise wurde vor allen Gruppen geheim gehalten. Nur Großbritannien und Amerika wußten davon. Bullitt erklärte, weiter, daß der Vorschlag Lenins niemals veröffentlicht wurde. Oberst House sei ein begeisterter Befürworter des Friedens auf der Grundlage des Leninschen Vorschlages gewesen und habe die Angelegenheit sofort ausführlich mit Lloyd George und Smuts behandelt. Besonders Smuts sagte, daß man in dieser Richtung weitergehen solle. Lloyd George aber war dagegen. Er wies auf einen Artikel in der „Daily Mail" hin und auf den Prinzeninseln so groß sei, daß er nichts unternehmen könnte. Nur wollte er jemanden nach Rußland schicken, der überall in der Welt als konservativ bekannt war. Namen wie Cecil, Lansing, Smuts, Salisbury wurden genannt. Schließlich aber wurde auch daraus nichts. Lloyd George drängte später auf eine Veröffentlichung des Bullittschen Berichtes. Bullitt konnte jedoch niemanden finden, der bereit gewesen wäre, die Verantwortung für die Veröffentlichung zu übernehmen. Er führte dann weiter aus, daß sich Lloyd Georges Dementi nur auf die Fassung beziehen könnte, die in der Pariser Presse veröffentlicht wurde. Denn das, was ich im Senat gesagt habe, erklärte Bullitt, kann weder Lloyd George noch sonst jemand dementieren.

*

Der „Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß Lansing sich geweigert hat, eine Erklärung über die Enthüllungen Bullitts abzugeben.

Ablehnung des Eintritts in die dritte Internationale.

Bern, 17. September. Schweizerische Depeschenagentur.

Die Urabstimmung der Sozialisten über den Eintritt in die 3. Internationale ist beendet. Von 50 000 Mitgliedern, die der Partei angehören, haben 22 000 an der Abstimmung teilgenommen, von denen sich 13 275 gegen und 8280 für den Eintritt ausgesprochen haben.

Der Ausgang der Urabstimmung in der schweizerischen Sozialdemokratie bedeutet eine Ablehnung des Beschlusses des vor einigen Wochen stattgefundenen außerordentlichen Parteitags in Basel, auf dem bekanntlich mit Stimmenmehrheit der Anschluß an die Moskauer Internationale beschlossen wurde. Da sich jetzt die Mehrheit der Abstimmungen gegen den Anschluß erklärt hat, ist der Baseler Beschluß hinfällig geworden. Die schweizerische Sozialdemokratie ist demnach zwar aus der zweiten Internationale ausgetreten, schließt sich aber der Moskauer Internationale nicht an.

Der Ausgang der Schweizer Urabstimmung dürfte für alle diejenigen, die mit voller Bestimmtheit mit dem Anschluß gerechnet haben, eine peinliche Ueberraschung bedeuten. Auch auf unserer kürzlich stattgefundenen Reichskonferenz wurde die Ansicht ausgesprochen, es sei mit aller Bestimmtheit mit dem Anschluß der Schweiz an die Moskauer Internationale zu rechnen. Diese Ansicht hat sich als ein Fehlschluß erwiesen, geboren aus der völligen Verkennung der Verhältnisse in den ausländischen Bruderparteien. Wer die schweizerische Parteipresse, wenn auch nur in den letzten Wochen, aufmerksam verfolgt hat, konnte unschwer erkennen, daß dem stürmischen Verlangen einer Gruppe in der Partei, den Anschluß an die Moskauer Internationale zu vollziehen, eine immer wachsende Opposition in den Reihen der Partei entgegentrat. Mit Ernst und Sachlichkeit wurden in der schweizerischen Parteipresse alle Gründe für und gegen den Anschluß erörtert, alle Richtungen in der Partei konnten ihren Standpunkt zur Geltung bringen und die Folge war die, daß die Mehrheit der Partei, unbeschadet ihrer Sympathien für die russische Revolution, den Anschluß an die bolschewistische Internationale verwarf, weil sie darin weder eine Förderung des Wiederaufbaues der Internationale, noch eine Beschleunigung des innerpolitischen Kampfes der schweizerischen Sozialdemokratie zu erblicken vermochte. Sie befürchtete vielmehr — und mit Recht — eine Schwächung ihrer innerpolitischen Stellung und eine Vertiefung der taktischen Gegensätze innerhalb der Partei, die die Gefahr einer Spaltung in gefährliche Nähe rückte.

Der Ausgang der Schweizer Urabstimmung bedeutet keineswegs, daß die schweizerische Sozialdemokratie sich nun als Faktor bei dem Aufbau der Internationale selbst ausgeschaltet hat. Im Gegenteil. Durch ihre Abstimmung hat sie erwiesen, daß sie nur den ihr vorgeschlagenen Weg der Schaffung einer aktionsfähigen Internationale abgelehnt hat. Bei allen künftigen Versuchen, eine solche Internationale zu schaffen, kommt die schweizerische Sozialdemokratie nach wie vor als wichtiger Faktor mit in Betracht.

Verdiente Fußtritte.

H. N. Haag, 18. September.

Aus Paris wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß der Oberste Alliierte Rat bezüglich der Frage der baltischen Provinzen Marschall Foch beauftragte, so kräftig wie möglich gegen die deutsche Regierung einzuschreiten. Der Oberste Rat beabsichtigt ein neues Ultimatum an Deutschland zu senden, in dem v. d. Goltz aufgefordert wird, die baltischen Gebiete sofort zu räumen.

Schreckensherrschaft in Budapest.

Wien, 18. September.

Wie die Wiener Korrespondenz Expreß meldet, hat der italienische sozialistische Abgeordnete Morgari an die sozialistischen Kammerfraktionen Italiens, Frankreichs, Englands und Belgiens ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: In Ungarn herrscht ein Schreckensregiment. 50 000 ungarische Brüder seien verhaftet. Vielfach würden sie in den Gefängnissen gelyncht. Hunderte würden täglich erschossen oder aufgehängt, aus der Donau täglich Leichen Ermordeter geborgen. Es sei dringend notwendig, daß die Regierung Friedrich ebenso gestürzt würde, wie die Regierung des Erzherzogs Joseph gestürzt worden ist. Das ungarische Proletariat verlange nach der brüderlichen Hilfe des Proletariats in den Ententeländern.

Die Unruhen in Köslin.

Ueber die Lebensmittelunruhen in Köslin verbreitet W. T. B. weitere Meldungen, aus denen hervorgeht, daß eine Menschenmenge vor die Dienstwohnung des Landrats zog. Sie konnte aber nicht in das Gebäude eindringen, da es durch ein starkes Gendarmerieaufgebot bewacht wurde. Die Köslner Bevölkerung ist wegen der schlechten Lebensmittelversorgung sehr erregt. Die sozialistischen Parteien, die zum Montag Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung angesetzt hatten, stehen diesem Treiben durchaus fern.

Die neueste Meldung des W. T. B. besagt:

Köslin, 18. September.

Im Laufe der Nacht kam es zu weiteren Plünderungen. Gegen 11 Uhr stürmte die Menge die am Markt gelegenen Herrenartikel- und Konfektionsgeschäfte von Eduard Baruch und Gebrüder Hirschfeld. Ein Teil der Einwohnerwehr, die eingeschritten versuchte, wurde entwaffnet. Bei den Plünderungen gab das Militär Feuer. Fünf Personen wurden verwundet, darunter zwei Mitglieder der Einwohnerwehr. In den frühen Morgenstunden trafen Truppenverstärkungen ein.

„Katastrophenhausse."

Die Berliner Spielklubs sind in großer Sorge. Sie befürchten, daß die Einschränkungen im Lichtverbrauch ihren Betrieb lahmlegen könnten. Nur die Spielbank an der Burgstraße, „Börse" genannt, braucht sich solchen Befürchtungen nicht hinzugeben, da sie ja nur während der Mittagsstunden geöffnet ist.

Die vorstehende Gegenüberstellung mag unter den Börsenleuten vielleicht Widerspruch hervorrufen. Zu ihrer Beruhigung sei zugegeben, daß niemand die Bedeutung der Börse als ein notwendiges Instrument der Volkswirtschaft unter der kapitalistischen Ordnung leugnen kann. Aber auch die Herren Börseninteressenten werden nicht bestreiten, was übrigens im vertrauten Kreise von ihnen selbst ausgesprochen wird, daß der Börsenbetrieb schon seit geraumer Zeit eine Entwickelung zeigt, die seine Kennzeichnung als Spielklub wohl rechtfertigt. Man kann sogar die Objektivität soweit treiben, und die bedauerliche Zunahme des Spiel- und Wettriebs auch in manchen Arbeiterkreisen letzten Endes auf die gleichen Gründe zurückführen, die die jetzigen Börsenvorgänge hervorrufen. Freilich besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Erscheinungen. Der Arbeiter, der sich mit seinem sauer verdienten Lohn an den Spieltisch setzt, schädigt nur sich selbst. Aber an der Börse wird jetzt um die Zukunft des deutschen Volkes „gespielt" — und darüber muß einiges Grundsätzliches gesagt werden.

Zunächst ein paar Tatsachen: Während sich Deutschland unter dem furchtbaren Paragraphen des Versailler Friedens windet, herrscht an den deutschen Börsen eine Hochkonjunktur, die alles unter der kapitalistischen Ordnung bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Die berüchtigte Gründer- und Schwindelperiode von 1873 verhält sich, wenn man lediglich an das Ausmaß denkt, zu den heutigen Verhältnissen auf diesem Gebiet, wie etwa der Krieg von 1870/71 zum Weltkrieg. Heute rollen Milliarden, wo es früher um Hunderttausende ging. Auch die Kursbewegung läßt jeden früheren Maßstab hinter sich. Kurssteigerungen von 50 v. H. innerhalb weniger Minuten bilden eine alltägliche Erscheinung. Ein Papier, die Anteile der Pomona-Diamantengesellschaft, einem deutschen Kolonialunternehmen, ist in wenigen Tagen um 3000 v. H. gestiegen. An einer Aktie im Nennwerte von 300 Mark hat also der glückliche Spekulant in dieser kurzen Zeit 9000 Mark Gewinn einstreichen können. Die Leichtigkeit, mit der an der Börse jetzt täglich Vermögen verdient werden, ist natürlich ein ungeheurer Ansporn für immer weitere Kreise geworden, sich daran zu beteiligen. Die „Bankhalter" können sich der Zahl der Aufträge kaum noch erwehren und sie verdienen im Schweiße ihres Angesichts täglich Riesensummen allein am „Kartengeld", d. h. an den Gebühren, die sie für die Vermittelung von Börsenaufträgen vereinnahmen.

Im Mittelpunkt des Börsentreibens stehen die sogenannten Auslandswerte. Die Vorliebe für diese Papiere erklärt sich aus der furchtbaren Entwertung, die die Reichsmark im Ausland erfahren hat. Je mehr der Preis der Mark zurückgeht, umso wertvoller werden die englischen Pfunde, die französischen Franken, die Dollars usw., damit zugleich die Papiere, die in diesen Währungen ausgestellt sind. Es ist also in Wirklichkeit das Unglück Deutschlands, auf dem sich diese gewinnbringenden Spekulationen aufbauen. Je niedriger der Markkurs, umso reicher die Ernte. Nun könnte man freilich sagen, die Börse sei nicht für diese Entwertung der Mark verantwortlich, sondern sie mache nur von ihrem Recht Gebrauch, die daraus sich ergebenden Vorteile auszunutzen, so wie z. B. die Roßschlächter gute Tage haben, wenn die Pferde aus Mangel an Nahrung geschlachtet werden müssen. Dem ist beizupflichten. Es handelt sich hier auch nicht um die Moral der Börsenbesucher, sondern um die verbrecherische Unfähigkeit unserer Regierung, welche es zuließ, daß diese Milliardengewinne von der Börsenspekulation eingeheimst werden, statt sie den Einfuhrbedürfnissen der Gesamtheit nutzbar zu machen.

Jeder Mensch von normalem Verstand weiß heute, daß Deutschland zugrunde gehen muß, wenn es nicht imstande ist, das Manko an Lebensmitteln, das durch die ungenügende inländische Erzeugung entsteht, im Ausland zu decken und wenn es ferner nicht gelingt, sich in den Besitz gewisser ausländischer Rohstoffe zu setzen, die unsere Industrie unbedingt gebraucht. Nun ist allmählich die Mark im Ausland auf einen Tiefstand gesunken, der die Einfuhr dieser dringend

benötigten Waren in unerträglicher Weise verteuert. In Holland wurde gestern die Mark nur noch mit 8,75 Cents bewertet, was einem Preis von ungefähr 15 Pfennigen oder dem siebenten Teil des früheren Wertes entspricht. Unter diesen Umständen rückt die Zeit in bedrohliche Nähe, wo wir einfach nicht mehr imstande sind, die Mittel für die Einfuhren aufzubringen. Dieser Entwickelung gegenüber hat es die Regierung an der allergewöhnlichsten Voraussicht fehlen lassen. Sie wiederholt bis zum Ueberdruß, daß es Schuld der Arbeiter sei, daß nicht eine genügende Menge von Ausfuhrgütern hergestellt wird, die die Bezahlung der Einfuhrgüter erlauben würde. Niemals hat es einen dreisteren Versuch gegeben, die Aufmerksamkeit von der eigenen Schuld abzulenken. Tatsächlich haben wir noch ein Zahlmittel, das uns gestatten würde, die Einfuhren zu erträglichen Preisen zu erhalten. Es besteht in ausländischen Wertpapieren, von denen sich, wie die Umsätze an den deutschen Börsen beweisen, noch heute, trotz Kapitalflucht, Riesenbeträge im Inland befinden müssen. Sie zu beschlagnahmen, wäre schon vor vielen Monaten ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Volk gewesen. Wir konnten dies mit vollem Recht tun, wie sich auch die Allgemeinheit das Recht zuspricht, dem Landwirt die freie Verwertung seiner Erzeugnisse abzusprechen. Statt dessen hat man es für zweckmäßiger gehalten, diese ausländischen Papiere der Börsenspekulation zu belassen, die davon den ihr angemessenen Gebrauch macht, d. h. sie in die Höhe zu treiben, in demselben Verhältnis, wie das deutsche Geld an Ansehen und Kaufkraft im Auslande verliert.

Der simple Verstand wird nun fragen, wie ist es möglich, daß eine Regierung derartig von allen guten Geistern verlassen sein kann? Wenn sie selbst so unfähig ist, die Erfordernisse des Tages nicht zu erkennen, so hätte sie sich doch von Sachverständigen unterrichten lassen können. Demgegenüber muß leider festgestellt werden: Gerade, weil die Regierung diesen Fragen so verständnislos gegenübersteht, ist sie umso mehr den Einflüssen der sachverständigen Interessenten, das sind in erster Reihe die Vertreter der Großbanken, ausgesetzt. Deren Macht ist in der Tat jetzt größer, als jemals unter der früheren rein bürgerlichen Regierung.

Die ganze Verständnislosigkeit der Regierung hat sich eben erst in einer wahrhaft drastischen Weise enthüllt. Dieser Tage wurde amtlich erklärt, eine Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere sei nicht in Aussicht genommen, da die Regierung bisher nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätte, die schon vor Jahresfrist beschlagnahmten Beträge im Ausland zu verwerten. Dabei wird in den Berichten der Handelszeitungen als Grund der Aufwärtsbewegung der letzten Zeit täglich angegeben, daß das Ausland wieder große Kaufaufträge für diese Papiere erteilt habe. Nun kann man vielleicht der Meinung sein, daß die Regierung nicht verpflichtet sei, diese Börsenberichte zu lesen, aber aus einer weiteren Bekanntmachung der letzten Tage geht hervor, daß ihr die ausländische Verwertungsmöglichkeit dieser Papiere wohl bekannt ist. Sie hat nämlich soeben eine während des Krieges ergangene Verordnung, wonach die Anteile Deutscher Kolonialgesellschaften nicht an einen Ausländer verkauft werden dürfen, aufgehoben. Diese Maßnahme wäre vollkommen unverständlich, wenn man nicht eben die Verwertung dieser Papiere im Ausland für möglich hielte. Die Börse hat diese Freigabe mit einer neuen, alles bisherige hinter sich lassende Kurstreiberei beantwortet. Denn nunmehr ist ja jede Beschränkung für die Ausfuhr dieser Papiere und damit die Ausnutzung der hohen ausländischen Valutenkurse gefallen. Neue Milliardengewinne sind der Börsenspekulation in den Schoß gefallen und in dem gleichen Verhältnis müssen sich die Kosten der Einfuhren erhöhen, die mit dem Gegenwert dieser ins Ausland geschafften Papiere bezahlt werden.

Und die Bewegung geht anscheinend noch immer weiter. Die Börse hat ein unerschütterliches Vertrauen zur Regierung, daß man sie auch weiterhin gewähren läßt. Allerdings hat sie in einer bemerkenswerten Anwandlung von Selbsterkenntnis die derzeitige Bewegung eine „Katastrophenhausse" genannt. Sie fühlt also, daß ein Fortschreiten auf dieser Bahn notwendigerweise zu einem allgemeinen Zusammenbruch führen muß. Was aber tut die Regierung? Während das Haus schon in hellen Flammen steht, beruft sie einen Sachverständigenrat ein, der über das beste System von Feuerspritzen beraten soll.

Grotesk und verlogen!

Die Affäre **Reinhard—Noske** wächst sich nachgerade zu einer Groteske aus. Oder ist es nicht grotesk, wenn in der „vollendeten Demokratie" der Republik Deutschland die Offiziere republikanische Gesinnung als genügenden Grund betrachten, um den mit diesem Makel Behafteten für unwürdig zu erklären, ihrer edlen Gemeinschaft anzugehören? Der — mit Respekt zu sagen — republikanische Reichswehrminister Noske aber begeifert jeden, der gegen diese Zustände Protest erhebt, als Feind der Ordnung und schützt „seine" Offiziere mit noch viel größerem Eifer und mit sehr viel mehr Geifer, als je ein preußischer, als Kriegsminister abkommandierter General.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Herren Offiziere sich nach wie vor keinen Zwang auferlegen. Nachdem gestern der Leutnant in Potsdam gründlich verprügelt worden ist, wird er heute von der zuständigen Stelle als eine Art republikanischer Lockspitzel geschildert und damit offenbar das Vorgehen der Offiziere gerechtfertigt. Damit ist offenbar diese Affäre, die den „Vorwärts" gestern so aufgeregt hat, erledigt, ebenso wie der Fall Reinhard für diese Regierung damit erledigt zu sein scheint, daß einer seiner Ankläger — der „Vorwärts" behauptet, noch 50 andere Zeugen für seine Anklagen gegen Reinhard zu haben — angeblich nicht stubenrein sein soll.

Sehen wir zunächst ab von der Hauptfrage, der Förderung der monarchistischen und gegenrevolutionären Gewalt durch Noske, so fällt einem nachgerade die schmierige demagogische Verlogenheit auf die Nerven, die immer mehr die Politik dieser Regierung charakterisiert.

Jeder denkende Mensch weiß, daß die persönliche Beschaffenheit der Herren Neuendorf und des verprügelten Leutnants keinen Menschen interessiert. Die Regierung aber redet von nichts anderem als von diesen ganz gleichgültigen Personen. Sie rechnet darauf, daß das politische Unverständnis in Deutschland groß genug ist, um auf diesen blöden Schwindel hereinzufallen.

Wir vermuten stark, daß sie damit durchkommen wird. Die ganze reaktionäre Presse steht natürlich einmütig hinter dieser famosen rechtssozialistischen Regierung, die liberale Presse wünscht keine inneren Krisen und schweigt mit Ausnahme der „Berliner Volkszeitung", und der armselige „Vorwärts" darf natürlich erst recht das wirkliche Problem, die Haltung Noskes, nicht erörtern, sondern ist krampfhaft bemüht, einen Fall Noske zu leugnen und einen Fall Reinhard zu konstruieren, den es beileibe nicht auf dem politischen Kampffeld, sondern im Gerichtssaal in Form der Ehrenbeleidigungsklage austragen möchte!

Unter diesen Umständen siegen die monarchistischen Offiziere über ihre feigen, rechnungsträgerischen rechtssozialistischen Gegner wie sie wollen. Der Ausgang der Affäre Reinhard endet genau so wie seinerzeit die Zabern-Affäre mit dem Triumpf des Militarismus. Die Attacke Scheidemanns wächst sich zu einer lächerlichen Blamage aus und der gerissene Demagoge hüllt sich in Schweigen, verträgt sich, genau wie wir es vorausgesagt haben, schon wieder mit Noske und denkt unterdes über den nächsten Trick nach, der das Wahlgeschäft, das nun einmal nicht gerade sehr günstig steht, noch verbessern soll.

Während die Rechtssozialisten aber schwindeln, demagogeln und die Einseifung der Wähler betreiben, organisieren, gefördert und gestützt von Noske, die Monarchisten in der Reichswehr der deutschen Republik die reale Macht, die sie zu gegebener Stunde in den Dienst er Gegenrevolution stellen können.

Ein Lehrerprotest. Der sozialistische Lehrerverein für Thüringen hat in seiner Sitzung vom 14. September in Sachen der Freien Sozialistischen Jugend folgende Resolution einstimmig und ohne Debatte angenommen: „Der Verein sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Thüringens brandmarkt die Untat, die sich am 7. September in Berlin abgespielt hat, wo auf jugendliche Proletarier Berlins, die in einem friedlichen Demonstrationszug marschierten und vollständig unbewaffnet waren, mit Maschinengewehren geschossen worden ist. Er gibt die Verbrecher solcher Gewaltat der allgemeinen Verachtung aller Menschen preis, die sich ein Herz für die Jugend und die Heiligkeit des Menschenlebens bewahrt haben und spricht den Opfern des Zuges seine wärmste Teilnahme aus."

Die Ursachen der Geiselerschießung.

In dem Prozeß wegen der Erschießung der Verhafteten im Luitpold-Gymnasium in München wird heute nachmittag das Urteil gefällt werden. Die Art der Prozeßführung, die den Eindruck einer beabsichtigten Beeinflussung der Oeffentlichkeit und der Zeugen hervorgerufen hat, wird jetzt auch von der Münchener Presse besprochen. Von besonderer Wichtigkeit aber ist die Tatsache, die auch von uns neulich bereits gekennzeichnet worden ist, daß das Gericht die Vernehmung wichtiger Zeugen, die über die Ursachen der Erschießung der Geiseln Aussagen machen wollten, abgelehnt hat. Einer dieser abgelehnten Zeugen, Dr. med. Rudolf Schollenbruch, ehemaliger Chefarzt der Roten Armee, veröffentlicht deshalb in unserem Münchener Parteiblatt „Der Kampf" eine Zuschrift, in der er zunächst feststellt, er sei der festen Ueberzeugung, daß Eglhofer an der Erschießung der im Luitpold-Gymnasium Verhafteten unschuldig sei. Er erklärt dann weiter über die Ursachen der Tat:

„Auf Grund dessen, was ich selbst miterlebt habe, was ich an Ausbrüchen von Zorn und Empörung selbst gehört habe, und was mir von Augenzeugen mitgeteilt wurde, erkläre ich, daß ich der festen Ueberzeugung bin, daß die Erschießung der Verhafteten im Luitpold-Gymnasium nicht erfolgt wäre, wenn die Mitglieder der Roten Armee nicht so grenzenlos durch die widerrechtliche Ermordung von Genossen durch die Regierungstruppen und durch deren Drohungen gereizt worden wären."

Schollenbruch zählt dann eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen nicht nur Soldaten der Roten Armee, sondern auch Sanitäter, Russen, Mitglieder des Arbeiterrates, widerrechtlich erschossen worden seien. Die Erschießungen im Luitpold-Gymnasium wären niemals erfolgt, wenn diese Taten vorangegangen wären. Zum Schluß bemerkt Schollenbruch noch:

„Ich habe bis zum späten Abend des 30. April bei allen Gesprächen über die Verhaftungen nicht ein einzigesmal gehört, daß die Verhafteten im Luitpold-Gymnasium als Geiseln bezeichnet wurden. Ich habe nur gehört, daß man sie als Stempel- und Unterschriftenfälscher und Zutreiber für die Regierungstruppen bezeichnete, als gefährlichste Gegenrevolutionäre. Hätten sie nicht als solche gegolten und wären sie nur als Geiseln betrachtet worden, so wären sie wohl nicht erschossen worden."

Von großem Interesse ist auch eine Zuschrift des Münchener Rechtsanwalts Dr. Hirschberg, die das rechtssozialistische „Bremer Volksblatt" veröffentlicht. Sie wendet sich gegen die tendenziöse Ausschlachtung des Prozesses durch reaktionäre Blätter und wirft dann, genau wie wir das bereits getan haben, die Frage auf:

„Ob im April und Mai in München nicht noch andere furchtbare Dinge geschehen sind, Ausschreitungen verrohter Regierungstruppen, widerrechtliche Erschießung und Mißhandlungen von Proletariern, für deren Grauenhaftigkeit auch jedes Wort zu schwach ist. Niemand wird versuchen, die Greuel des Luitpoldgymnasiums abzuschwächen. Wenn aber die rechtsstehende Presse Seite um Seite dazu verwendet, um diese Verbrechen wieder und wieder bis ins kleinste auszumalen, während sie für die anderen Vorfälle kaum eine Zeile übrig gehabt hat und das meiste geflissentlich totschwieg, so liegt darin eine bewußte und wohlüberlegte Heuchelei. Für die Reaktionäre und alles zum Anlaß, dem politisch unfähigen Teil des Bürgertums vor jedem Fortschritte Angst zu machen und dieser Prozeß bietet ihnen dazu besonders günstige Handhaben. Der Sozialismus hat allen Grund, über diesen Prozeßberichten dieses Bestreben nicht zu übersehen und es genügend zu brandmarken. Denn der Kapitalismus ist die Hauptursache der Verelendung der untersten Klassen und damit der Hauptschuldige auch des Geiselmords."

Hoffentlich beherzigen die Gesinnungsfreunde des Herrn Rechtsanwalts in Berlin seine Worte. Bisher haben sie von dieser Erkenntnis noch nichts gezeigt.

Staatstheater oder Volkstheater.

Im Kultusministerium fand gestern eine Sitzung des Aktionsausschusses für künstlerische Veranstaltungen der Berliner Arbeiterschaft mit den beiden Direktoren der Staatstheater in Gegenwart des Kultusministers statt. Daß die Staatstheater aus ihrer eng umgrenzten Stellung, die sie zu einem Privilegium der besitzenden Klassen machen, herausgehoben werden müssen, wird in breiten Kreisen längst als ein allgemeines Bedürfnis empfunden. Dieser demokratischen Entwicklung zu dienen, sind denn auch die maßgebenden Instanzen bereit. Der neue Intendant des Opernhauses, Herr v. Schillings, erklärte, daß er die finanztechnisch vorläufig unumgängliche Preiserhöhung für den Eintritt am meisten bedaure und die Sonntagsnachmittags-Vorstellungen kleinen Stils für eine ganz ungureichende Abschlagszahlung an das Volk halte. Es soll aber bald ein Versuch gemacht werden, mit Matineen an den Sonntagvormittagen und mit Volksvorstellungen im Opernhause am Montag oder Freitag jeder Woche zu einem Einheitspreis von 3 Mark; vor allem aber erstrebt auch Herr v. Schillings die Schaffung eines neuen Hauses, einer Volksoper, die zwar noch Zukunftsmusik sei, aber mit Ausschaltung von kapitalistischen Unternehmerinteressen die einzig befriedigende Lösung des Problems wäre. Alles übrige sind dürftige und provisorische Hilfsmittel.

Auch Herr Intendant Jessner hält das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt als keineswegs ausreichend für volkstümliche Zwecke und erwartet zum mindesten den völligen Umbau der alten Kroll-Bühne zu einem großen Theater. Kommen wir nicht baldigst dazu, so müßte das Schauspielhaus als kümmerlicher Ersatz in den Sälen an der Peripherie Berlins, besonders im Norden und Osten, mit den Kräften des Staatstheaters spielen. Doch bilde auch hier die Kohlenfrage eine Hauptsorge. Geplant sind außerdem unentgeltliche Nachmittags- und Jugendvorstellungen für die 505 Gemeindeschulen Berlins. 20 000—30 000 Volksschüler sollen zunächst eine klassische Vorstellung in erster Besetzung möglichst unentgeltlich kennen lernen.

Auch der Minister erklärte, er möchte die Staatstheater in Volkstheater umgewandelt wissen, billigt die Vorschläge der beiden Intendanten, fürchtet aber unseres Erachtens allzu sehr die finanziellen Schwierigkeiten, die sich doch auf anderen Gebiete, die mit Kultur nichts zu tun haben, so großspurig umgehen lassen.

Außer Spielplanfragen, Billettpreisstaffelung und anderen Erörterungen über Volkskunst wurde dann noch erwähnt, daß die Mehrausgaben für die Staatstheater sich durch Lohnerhöhungen usw. auf 4½ Millionen Mark belaufen; neben dem Zuschuß von einer Million beträgt der Zuschußbetrag zur Zeit bereits über 2 Millionen Mark und dürfte bis Schluß d. Js. die dritte Million erreichen. Vom Vertreter der Volksbühne wurde hierzu zwecks Erfüllung weitgehender künstlerischer Forderungen der Bau und die Einrichtung neuer Häuser verlangt, was auch etatsmäßig eine bessere Rentabilität gewährleiste.

Die Konferenz unterstützte auch einmütig die Forderung, daß das gesamte Theaterwesen nunmehr endgültig dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zugeteilt werde, damit es dem Ministerium des Innern, dem es bisher unterstellt war, entzogen wird. Gerade von dort aus wurde das Theater nicht so sehr als eine Bildungsfrage und Volkskulturanstalt betrachtet, sondern vielmehr als ein Vergnügungsetablissement, und zwar in erster Linie der besitzenden Kreise. Die Personenfrage, wer nun gerade Polizeiminister oder Kultusminister ist, kann dabei grundsätzlich natürlich keine Rolle spielen; denn es handelt sich dabei nicht um vorübergehende Erscheinungen, die Haenisch, die Heine, sondern um die zukünftige freie Entwicklung der Theaterkunst überhaupt, der Staat und Gemeinde im Volksinteresse mit allen Mitteln zu dienen hat.

Kabale und Liebe

im Theater in der Königgrätzer Straße.

Schillers „Räuber": Fanfaren gegen die Tyrannen. Jugend, die den Himmel stürmt. „Kabale und Liebe": das politische Kampfdrama. Die sich nach oben schwindelten, zertreten die Unteren. Manches hat sich in den staatlich-gesellschaftlichen Formen umgeschichtet, aber was hilft es: die „Kanaille" muß noch immer bluten. Ihr Empörerschrei soll nicht erstickt, soll gehört werden. Was schiert uns da tüftelnde Psychologie im einzelnen (sie ist ohnedies in Schillers Drama nicht vorhanden). Zusammenballung der Gefühle, Aufschrei der gequälten Kreatur, eine Skala der menschlichen Leidenschaften, das wollen wir in einer heutigen Aufführung dieses über seine Zeit hinauslangenden Stückes sehen und hören. Das „Theater in der Königgrätzer Straße", das ostern überraschenderweise mit einer Einstudierung von „Kabale und Liebe" aufwartete, packte die Sache von der anderen Seite an. Es „modernisierte" Schiller. Das hat man oft versucht. Aber schon Otto Brahm hatte darin im Deutschen Theater keine glückliche Hand gehabt. Die brennenden Farben sollen nicht gedämpft, Haß und Schmerz, Wut und Empörung nicht zum Flüstern gebracht werden, so daß man schon in der 12. Parkettreihe kaum noch die bekannten Worte unterscheiden kann. Falsche Vorsicht, falsche Scham vor dem Pathos. Zeigt in vollem Lichte diesen höfischen Despotismus, diese blutsaugerische am Mark des Volkes zehrende Sippschaft, diese „Landesväter", die ihre Landeskinder verraten und verkaufen.

Die Besucher schienen gestern Schiller unendlich fern, aber der Bühne mit ihren dort sehr gefeierten Schauspielern desto näher. Um ihretwillen schien man gekommen zu sein, um ihretwillen schien man Schiller einstudiert zu haben. Dabei war in dieser Aufführung auch nicht eine Rolle so gut besetzt, wie man sie aus früheren Berliner Vorstellungen und anderwärts kannte. Daß Fräulein Oreska den Ehrgeiz haben würd, nach Wedekind und Strindberg auch mal die Lady Milford zu spielen, sah man schon lange kommen. Aber trotz ihrem bis in die Fingerspitzen reichenden und doch kalt zerrafertem Gefühl, mit dem sie die Rolle inbrünstig umwarb, blieb man bei dieser kleinen Maitresse, die keine große Hetäre mit starker Seelenwandlung war, kalt. Auch die übrige Darstellung hielt sich durchweg in bescheidenem Format. Es fehlte jede höhere Schwingung und Temperatur, für die die Regie Rudolf Vernauers hätte sorgen müssen. Johannes Riemann hatte als Ferdinand weder das Feuer des Liebhabers noch den wogenden Heroismus der Auflehnung. Er blieb in allen Situationen stumpf und leer. Herr Dernburg war ein unglaublich theatralischer Präsident mit schönen Gesten eines „Staatsmannes", aber ohne seine besonderen Charakterzüge. Herr Schünzel machte aus seinem Hofmarschall von Kalb einen Damenimitator. Künstlerisch auf weit höherer Stufe stand der Wurm des Herrn Abel, der aber auch in dem Bestreben zu weit ging, den Schurken uns menschlich näher zu bringen. Er machte aus ihm ein pfiffig schleichendes Lümpchen. Ludwig Hartau und Frieda Richard waren das kleinbürgerliche Elternpaar; aber Herr Hartau strengte als alter Müller nur wenig die Fesseln einer dumpf verhafteten Vaterseele, und Frl. Ellen Herz ließ als allzu verhärmte Luise zu sehr den Hauch der Unbewußtheit vermissen. Der dekorative Rahmen der Aufführung hob die szenische Wirkung nur in geringem Maße.

E. B.

Das Problem der Sozialisierung.

Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde das Problem der Sozialisierung erörtert. Den Verhandlungen lagen zwei Gutachten von Franz Eulenburg und Leopold von Wiese zugrunde, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Als erster Berichterstatter führte Professor Lederer-Heidelberg aus: In der Bewegung zur Sozialisierung, welche seit dem Zusammenbruch um Kriegsende in ganz Europa in Fluß kam, können wir deutlich zwei Strömungen unterscheiden, je nachdem, ob die Sozialisierung vorwiegend als eine politische, oder als ein Problem der inneren gesellschaftlichen und organisatorischen Entwicklung betrachtet wird. Die russische Revolution hat in der bolschewistischen Strömung eine Theorie und eine Praxis entwickelt, wonach bei einer entsprechenden revolutionären Situation, unabhängig von der Entwicklungshöhe des Kapitalismus, jederzeit sich die Arbeiterschaft in den Besitz der Macht setzen und mit den Mitteln der Gewalt die Sozialisierung durchführen kann. Das Ziel der Revolutionäre ist daher die Schaffung revolutionärer Situationen, seine Taktik: die Ausschöpfung derselben, sein Mittel: die Gewalt. Daher ist der Bolschewismus nicht wählerisch in den Mitteln und versagt in den organisatorischen Aufgaben. Die vom Bolschewismus befolgte Methode ist aber noch kein Beweis dafür, daß Vollsozialisierung der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist. Sie hat aber zur Voraussetzung die Bewältigung administrativer und organisatorischer Probleme, von deren Gewicht offenbar die bolschewistische Praxis nicht die richtige Vorstellung hatte. Wir sehen nun, es wird — soweit von einer Praxis der Sozialisierung die Rede sein kann, ein anderer Weg eingeschlagen. Man sucht zunächst (so das Arbeitsprogramm der deutschen Sozialisierungskommission und das Vorgehen in Deutsch-Oesterreich) das Prinzip der privatkapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen abzuschwächen oder zu durchbrechen. Das geschieht durch Betriebsräte, mit deren prinzipieller Bedeutung sich der Referent eingehend auseinandersetzte. Auch die Vermögensabgabe bietet Handhaben für spätere Maßnahmen. Betriebsräte und Vermögensabgabe greifen die kapitalistische Welt in ihrem Fundament jedoch nicht an, erst die Durchsozialisierung von lebenswichtigen Wirtschaftszweigen bedeutet den prinzipiellen Schritt. Die Auswahl der zur Sozialisierung „reifen" Wirtschaftszweige erfolgt zweckmäßigerweise nicht nach dem Gesichtspunkt der technischen Organisation, sondern maßgebend ist, wie der einzelne Wirtschaftszweig in die nationale und internationale Markt- und Kreditorganisation verflochten ist. Die Organisation der durchsozialisierten Wirtschaftszweige ist ein durch Forschung und wissenschaftliche Diskussion bereits ziemlich weit geklärtes Problem. Betriebsräte allein bleiben eine sozialpolitische Maßnahme, isolierte Durchsozialisierungen machen die Betriebe zu Produktionsgenossenschaften, wenn nicht der Gedanke der Sozialisierung in der und für die ganze Produktion geweckt wird. Ist aber dieses Vorgehen überhaupt sozialistisch? Welchen Zweck haben diese isolierten Maßnahmen? Zielen sie auf einen Gesamtwirtschaftsplan, der doch jeder Sozialisierung vorschweben muß? Die Frage kann bejaht werden, wenn nur zugegeben wird, daß auch die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart einen Produktionsplan, wenngleich automatisch realisiert, in welchem eben die Sozialisierung, schrittweise Veränderungen verzeichnet, die schließlich die ganze Struktur ändern. Ist der gegenwärtige Zeitpunkt derart, daß wir noch von Sozialisierung sprechen sollen? Für den Sozialisten kann das eine Frage sein; auch für den Sozialpolitiker ist sie zu bejahen. Noch immer steht die Situation so, daß die Sozialisierung die Möglichkeit großer innerwirtschaftlicher und politischer Erfolge in sich trägt. Sollte die Zeit der politischen Umwälzung vorübergehen, ohne daß sich an der Struktur unserer Wirtschaft etwas änderte, so bedeutet das die Belastung des neuen Deutschlands mit sozialen und auch politischen Schwierigkeiten, von deren Schwere man sich augenscheinlich noch nicht in allen Kreisen die richtige Vorstellung macht.

Als zweiter Berichterstatter sprach Dr. Vogelstein-Berlin: Kein Land sei für Sozialisierungsfragen so wenig vorbereitet gewesen wie Deutschland. Für den wissenschaftlichen Nationalökonomen wie für den Marxisten sei es feststehend, daß Privateigentum an Produktionsmitteln und freie Unternehmertätigkeit auf der einen Seite, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zentralisierte Wirtschaft auf der anderen Seite keine Kategorien darstellen, die ohne Rücksicht auf die Konstellation als Axiome natürlicher Evolution oder als Postulate der Wirtschaftspolitik ein für allemal gelten können. Die unentwegten Sozialisten glauben, die Produktivität sei stets beim Sozialismus zu finden. Auch in der Monopolfrage nehmen sie einen ähnlichen Standpunkt ein. Wenig beachteten sie die Eigenartigkeit der Marktverhältnisse, die Verschiedenheit zwischen Konsum- und Produktivgütern und die Frage des Außenhandels. Bei Regelung des Konsums könne auch der Privatkapitalismus leicht seine Produktion dem anpassen. Wesentlich sei die psychologische Frage, da der Geist das eigentliche Reagens der Wirtschaft darstelle. Alle Sozialisierung bedeute die Gefahr der Verminderung an Wagemut und Verantwortungsfreudigkeit, selbst wenn man ihr die beste Form gebe. Das stärkste Argument der Sozialisten sei die Rückständigkeit eines Teils der kapitalistischen Wirtschaft. Sie sei keineswegs zu bestreiten, beruhe aber auf ungenügendem, nicht auf zu starkem Kapitalismus. Sie finde ihr Heilmittel meist am besten ohne Eingriff der Allgemeinheit. Die Hauptsorge sei die Form der Sozialisierung. Relativ ungefährlich sei eine Sozialisierung von Teilen des Gewinnes, vor allem der Rentengewinne, wie im Bergbau. Gänzlich verkehrt sei unsere Steuerpolitik. Sehr scharf wandte sich Vogelstein am Schlusse seines prinzipiellen Teiles gegen das Rätesystem in seinen über die Befugnisse des Arbeiterausschusses hinausgehenden Wirkungen. Wer nicht Syndikalist sei, müsse auch jeden Einfluß der Arbeiter und Angestellten auf die großen Fragen des Betriebes und der Leitung ablehnen, wie dies auch die sozialistische Majorität der sozialen Kommission getan habe. Nach diesen prinzipiellen Ausführungen wandte sich der Redner den politischen Problemen der letzten Monate und des Augenblicks zu und stellte sich sehr scharf gegen die Politik der Volksbeauftragten und des Reichswirtschaftsamts unter August Müller und dann unter Wissell. Die Volksbeauftragten hätten nicht nur negativ versagt, sondern auch die Sozialisierungskommission gehindert, die trotz aller Mängel der Zusammensetzung und aller Kleinlichkeiten der Regierung und Intrigen einzelner Männer des Reichswirtschaftsamts etwas hätte leisten können. Aus kleinlicher Eifersucht verhinderte man jeden Schritt zur Sozialisierung, als noch eine Beruhigung der Arbeiter davon zu erwarten war. Inzwischen sei nun die Wirtschaft immer mehr verfallen, der psychologische Wert einer Sozialisierungsmaßnahme immer geringer geworden, die wirtschaftliche Moral bei Unternehmern und Arbeitern untergraben, selbst das Solidaritätsgefühl der Arbeiter fast völlig geschwunden. In diesem Augenblick völliger wirtschaftlicher und moralischer Auflösung, dem geringsten Maße innerer Einheit, kommt Möllendorf mit seiner Denkschrift, die den Gemeinsinn des deutschen Volkes zur Grundlage machen will. Was an moralischen Forderungen darin enthalten ist, haben in erreichbarem Grade die Gründer des Vereins für Sozialpolitik schon vor 47 Jahren gesagt. An Positivem, an wirklichen Plänen der Wirtschaft enthält der angebliche Plan nichts. Demgegenüber heißt es heute, alle individuellen Kräfte freizumachen, um wieder in die Höhe zu kommen. Hindert man heute die freie Unternehmertätigkeit mehr als unbedingt nötig, so wird aus dem Zusammenbruch, der dann unausbleiblich ist, selbst eine Gefährdung der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution resultieren und der Verein für Sozialpolitik seine Aufgabe fast von neuem zu beginnen haben.

Die Diskussion scheint ohne Bedeutung gewesen zu sein. Bemerkenswert ist nur, daß der Rechtssozialist Adolf Braun mit Hilfe wenig sachlicher Angriffe gegen Lederer die Regierung zu verteidigen suchte.

Ueber das verlorene Afrika werden Kapitän Lt. Hans Paasche und der Suahelineger Mdachi bin Scharifu im [illegible]saal am Freitag, 19. September, abends ½8 Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Hans Paasche war Führer der Rufiji-Expedition im ostafrikanischen Negeraufstand 1905. Während des Krieges mußte er wegen seiner pazifistischen Gesinnung monatelang in Schutzhaft zubringen. Karten zum Vortrag sind für Mitglieder der Gewerkschaften mit Ermäßigung zu 1 Mk. in der Geschäftsstelle des Bundes Neues Vaterland, Kurfürstenstr. 125, zu haben.

Am Sonntag, den 21. September 1919, abends 7 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 15, Vortrag von Dr. G. Wyneken über „Die Jugend und das sozialistische Schulprogramm".

Ein Russisch-Deutscher Abend findet am 20. September in der Hochschule für Musik statt. Rezitationen von Tschechow, Nad'on, Werfel und Nadel.

Professor Philipp Rüfer, der bekannte Berliner Komponist und Senator der Akademie der Künste, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Von Leonid Andrejew, dessen Tod gemeldet, aber der Berliner Russenkolonie noch nicht bestätigt wurde, sind bereits im Vorjahre von der Direktion Meinhard und Bernauer zwei Werke angenommen worden, und zwar „Jekaterina Iwanowna" und „Anfissa".

In der Volksbühne findet die Erstaufführung von Georg Kaisers Drama „Die Bürger von Calais" am 27. September statt. Den Eustache de Saint-Pierre spielt Ernst [illegible].

Im Deutschen Künstler-Theater geht in Abänderung des Spielplanes diesen Sonnabend und Sonntag Lothar Schmidts „Schloß am Wannsee" in Szene. — Lina Bré wurde vom Direktor Victor Barnowsky dem Lessing-Theater verpflichtet. Sie wird zuerst in der bevorstehenden Erstaufführung von Rolf Lauckners Drama „Christa die Tante" in einer Hauptrolle auftreten.

Der Berliner Domchor unter Leitung Professor Rüdels leitete gestern abend seine diesmalige Kunstreise nach den skandinavischen Ländern durch ein Konzert im großen Konzertsaal in Kopenhagen unter großem Beifall ein.

Dr. Heinz Unger wird am 19. September in der Philharmonie mit dem Philharmonischen Orchester das Lied von der Erde von Gustav Mahler zur Aufführung bringen.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Transportarbeiter in den Kaufhäusern.

In einer äußerst überfüllten Versammlung in der Unionsbrauerei nahmen am Dienstag abend die im Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Kauf- und Warenhäuser Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die Lohnforderungen. Werner legte dar, daß die bestehenden Lohnsätze von 67,70—93,50 M. pro Woche in Anbetracht der immer noch anhaltenden Teuerung völlig ungenügend sind." Da der alte Tarifvertrag am 1. Oktober abläuft, hatten die Arbeiter schon am 12. August folgende Forderungen gestellt: Für Jugendliche von 14—16 Jahren 45 M., 16—18 Jahren 60 M., 18—20 Jahren 80 M., für männliche Erwachsene über 20 Jahre: Anfangswochenlohn 100 M., nach ½ Jahr 120 M., für weibliche 20 Prozent weniger. Trotzdem von Arbeitgeberseite festgestellt wurde, daß eine vierköpfige Familie mindestens 90 M. pro Woche zu den äußerst notwendigen Lebensbedürfnissen braucht, zeigten sich die Unternehmer sehr widerspenstig. Nach zwei Verhandlungen machten sie einen letzten Vorschlag Anfangslohn 80 M., nach einem halben Jahr 85 M., nach einem Jahr 95 M. Die Kommission der Arbeitnehmer ging mit ihrer Forderung bis 95 M., nach einem halben Jahr 105 M., nach einem Jahre 115 M. zurück.

Sämtliche Diskussionsredner brachten den geschlossenen Willen zum Ausdruck, die Forderungen mit allen Mitteln zu vertreten. Es bestand zuerst nur verschiedene Ansicht darüber, ob auf den Forderungen vom 12. August oder auf denen der Lohnkommission stehengeblieben werden soll. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die das Angebot der Unternehmer zurückwies und auf den Forderungen der Lohnkommission bestehen bleibt.

Lohnbewegung aller in den Geldschrankbetrieben Beschäftigten.

Am Dienstag nahmen die Arbeiter der Geldschrankindustrie in überfüllter Versammlung den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. In lebhafter Diskussion rügten die Versammelten das geringe Entgegenkommen der Arbeitgeber, ganz besonders im Falle der Transportarbeiter. Gleichzeitig wandte man sich gegen eine Dauer der Abmachung, die unter keinen Umständen bis zum 31. März 1920 dauern darf. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen: Die Versammelten erklären, nur unter den Umständen den Abmachungen zuzustimmen, wenn einige Punkte noch abgeändert werden und die Dauer nur bis zum 31. Dezember 1919 währt. Sie fordern die Arbeitgeber auf, bis zum Freitag, den 19. September d. J. ihre Zustimmung dazu zu erklären.

Beginnende Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

In einer gut besuchten Versammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Brauereiarbeiter gab am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus Genosse Mich einen Rückblick über die bisherigen Lohnbewegungen im Braugewerbe. In Anbetracht der unzureichenden Wochenlöhne von 120 bzw. 115 M. wurde mit allen Stimmen ein Antrag angenommen, der die Organisationsleitung mit der Forderung einer einmaligen Teuerungszulage von 300 M. und einer laufenden von 30 M. pro Woche beauftragt. Falls sich der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband ablehnend verhalten sollte, wurde beschlossen, im Einvernehmen mit den übrigen Organisationen selbständig vorzugehen. In der Diskussion kam eine große Erbitterung gegen den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband zutage, besonders gegen den Verrat des Vorstandes Hodapp, mit dem die Arbeitgeber direkt rechnen können. Wie Kollege Schiemann ausführte, haben die Unternehmer offen erklärt, daß sie ja deswegen nichts zu bewilligen brauchten, da ja Hodapp nicht mitmache. Hodapp selbst versuche alles, um Schiemann aus dem Betrieb zu entfernen. Auch ein Mitglied des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes selbst berichtet von dem arbeiterfeindlichen Verhalten dieses Verbandes, wie die Vertrauensmännerversammlung im Juli die Forderung einer Teuerungszulage ablehnte, mit der merkwürdigen Begründung, die Zeit sei nicht geeignet, und wie sich Hodapp trotz seines Versprechens beharrlich weigert, die Teuerungszulage auf die Tagesordnung zu setzen. Die Versammlung war der Ansicht, daß sich die Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes bei einem Streik solidarisch erklären werden, trotz ihres Vorstandes. In die Verhandlungskommission wurden General, Schaber und Schiemann gewählt. Das Referat: Sozialisierung im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe wurde vertagt. Mich teilte im Schlußwort noch mit, daß das Protokoll über den Verbandstag für 35 Pf. zu kaufen ist.

Verständigung mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Geschäftsdiener- und Packervereinigung. Fehling gab den Bericht. Eine Kommission von fünf Kollegen hat die Verhandlungen geführt. Diese gingen davon aus, daß es angesichts der großen Unternehmerverbände notwendig sei, geschlossene Arbeiterverbände in den Kampf führen zu können. Bis zum Zusammenschluß sind Vereinbarungen getroffen, welche bei der Agitation den gegenseitigen Besitzstand an Mitgliedern wahren soll. Betriebsbesprechungen sollen gemeinsam für beide Verbände stattfinden. Unter den Unorganisierten soll die Aufklärungsarbeit von beiden Seiten loyal betrieben werden. Neue Tarifgemeinschaften sollen geschlossen und bei Aenderungen können Vertreter der Geschäftsdienervereinigung zugezogen werden. — Beiderseitige Vertreter sollen die Anschlußbedingungen ausarbeiten.

In der Debatte wurde der Zusammenschluß in kürzester Zeit gefordert und hervorgehoben, daß man nur dabei gewinnen könnte. Die Versammelten stimmten den Vereinbarungen zu. Es wurde ein Antrag angenommen, welcher die Kommission zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Die Arbeiterratswahlen im Glühlampenwerk Siemens u. Halske, die durch den Rücktritt der bisherigen Arbeiterratsmitglieder notwendig wurden, zeitigten folgendes Resultat: U. S. P. D. 1407, K. P. D. 498, S. P. D. 879 Stimmen. Unter diesen Ziffern sind die Angestellten folgendermaßen vertreten: 81 Stimmen für die U. S. P. D., 10 für die K. P. D., 148 für die S. P. D. Gewählt wurden 2 Kandidaten der U. S. P. D., 1 Kandidat der K. P. D.; die S. P. D. brachte nicht einen einzigen durch. Die Wahl zeigt aufs neue, daß fast die gesamte Arbeiterschaft und ein großer Teil der Angestellten sich von der S. P. D. abgewendet haben.

Betriebseinstellung. Die Waffenfabrik Mauser stellt vom 15. Oktober ab den Winter über den Betrieb ein.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Branche der Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser gab Tirpitz den Bericht über den Schiedsspruch betr. Tarifabkommen. Er wies besonders darauf hin, daß es das Bestreben der Branchenkommission gewesen sei, möglichst einheitliche Lohnverhältnisse für diese Berufsgruppe zu schaffen. Die Kommission habe deshalb den Verhältnissen Rechnung tragend, die Einreihung dieser Branche in Gruppe 2 und 3 gefordert. Die Gegenvorschläge der Unternehmer sehen dagegen die Einrangierung in fünf Klassen vor. Alsdann verlas Tirpitz den vom Schlichtungsausschuß für diese Branche gefällten Schiedsspruch, der die Einrangierung in Gruppe 2, 3 und 4 vorsieht. Anschließend daran gab er bekannt, daß die erweiterte Ortsverwaltung unter Hinzuziehung der Arbeiterräte der Metall-Industrie beschlossen habe, sich an den weiteren Verhandlungen des Schlichtungsausschusses nicht mehr zu beteiligen. Die bisher gefällten Teilschiedssprüche ließen klar erkennen, daß dieses Schiedsgericht niemals ein Urteil fällen wird, welches auch nur den billigsten Forderungen der Kollegen Rechnung trägt. Die Fünfzehner Kommission verstärkt durch das Metallkartell sei nun beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen um die Forderungen bei den Unternehmern durchzudrücken. Es werde nun von den Kollegen erwartet, daß sie den aufgezwungenen Kampf geschlossen und wohldiszipliniert führen werden nach den Weisungen die die Fünfzehner-Kommission ausgibt. Starker Beifall lohnte den Redner. Sodann gab Knauf einen kurzen Bericht von den Verhandlungen in der Geldschrank-Industrie, welche ebenfalls gescheitert seien. Holz als Mitglied des Hauptausschusses ergänzte in wirkungsvoller Weise den Bericht des Koll. Tirpitz über die gepflogenen Verhandlungen. Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Vorsitzende des Schlichtungsausschusses verfügt nicht über die nötigen praktischen Erfahrungen und zeigte sich infolgedessen der Situation nicht gewachsen. Die Durchführung der bisher gefällten Teilschiedssprüche würde eine erhebliche Verschlechterung der bisherigen Verdienste ergeben. Auch er ermahnte die Kollegen, im Kampfe Disziplin zu halten und nur Schritte zu unternehmen, die von der Streikleitung angeordnet würden. — In der nun einsetzenden Diskussion machte sich eine starke Kampfesstimmung geltend, die besonders zum Ausdruck kam, als Rittler den Erlaß des ehemaligen Verbandsvorsitzenden, jetzigen Ministers Schlicke vom 3. September unter die Lupe nahm, der die Schutzbestimmungen, welche der bürgerliche Demobilmachungskommissar Koeth im Interesse der Arbeiterschaft erlassen hatte, restlos wieder beseitigte. Wenn es notwendig sei, werde man auch den Kampf nach dieser Richtung zu führen wissen. In Anbetracht der Gesamtsituation wurde von einer Beschlußfassung über den Teilschiedsspruch Abstand genommen. Die Branchenkommission wurde durch die Neuwahl der Kollegen Hampel, Neumann und Löffler (sämtlich U. S. P.) verstärkt.

Ssaschka Schegulow
Revolutionsroman von L. Andrejew
erscheint in der
„Freien Welt"
jedes Heft 20 Pfennig.
Verlag Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Groß-Berlin.

Vom Kampf gegen die Straßenhändler.

In der Razzia am Montag vormittag auf dem Potsdamer Platz und in der Friedrichstraße wird uns noch folgender skandalöser Einzelfall mitgeteilt: Am Montag, vormittags ½11 Uhr, wurde am Bahnhof Friedrichstraße eine Straßenhändlerin von der neuen Sicherheitspolizei festgenommen und im Lastauto nach dem Polizeigewahrsam Alexanderplatz gebracht. Hier wurde sie, trotzdem sie im Besitze eines rechtmäßigen Gewerbescheines war, in einer Zelle mit mehreren Händlerinnen bis abends 6 Uhr festgehalten. Die Ware wurde, trotzdem sie rechtmäßig verzollt und versteuert war, ihr abgenommen und noch nicht wieder zurückerstattet. Während der ganzen Zeit ihrer Freiheitsberaubung bekam sie eine Tasse Kaffee und ein Stück trocken Brot.

Die sogenannte Sicherheitspolizei kümmert sich also den Teufel um Recht und Gesetz, das sie zu schützen berufen ist.

Die arbeitslosen Steinsetzer.

Die städtische Tiefbaudeputation beschäftigte sich gestern mit der Arbeitslosigkeit im Steinsetzerberuf. Arbeitslose Steinsetzer ersuchten um Beschäftigung. Der Antrag wurde von unseren Genossen lebhaft unterstützt. Arbeit sei reichlich vorhanden. Die Straßenbaupolizei müsse endlich die Hausbesitzer zur Herstellung ordentlicher Bürgersteige anhalten. Die Stadt müsse die vielen Reparaturen und Umpflasterungen, die während des Krieges hinausgeschoben wurden, endlich ausführen lassen. Es wurde beschlossen, beim Magistrat die Summe von 400 000 M. zu beantragen, um für die beschäftigungslosen Steinsetzer Arbeit zu schaffen. So schlecht auch die städtischen Finanzen sind, so ist doch zu hoffen, daß dem Antrage schleunigst stattgegeben wird. Im Zusammenhang damit wurde auch ein Antrag auf Einführung der eigenen Regie im Steinsetzergewerbe beraten. Von einer Seite wurde behauptet, die eigene Regie würde teurer werden und es wurde eine recht willkürliche Rechnung aufgemacht, während von unseren Genossen dargelegt wurde, daß nirgends die eigene Regie so leicht sei, wie im Steinsetzerberuf, die in einer ganzen Reihe von Städten durchgeführt sei. Früher hätten in Berlin die Steinsetzer selber der Durchführung der Regie im Wege gestanden, heute sei das anders. Unsere Genossen beantragten, sofort nach Bewilligung der Mittel die Tiefbauämter mit den Arbeiten direkt zu betrauen unter Ausschaltung der Unternehmer. Dem wurde entgegnet, daß zunächst noch Verträge mit den Unternehmern beständen über die Reparaturarbeiten, und es wurde vorgeschlagen, zunächst im Tiefbauamt 4 einige Kolonnen zu beschäftigen. Unter Ablehnung des Antrages unserer Genossen wurde so beschlossen.

Sektlokale mit Tanz.

In Berlin kann man leben, wenn man Geld hat, und auch die nötige Unterhaltung ist da für den Lebemann. In den Sektlokalen fliegen die braunen und blauen Lappen nur so. Was in einem solchen Lokal nachts umgesetzt wird, geht aus folgendem Inserat hervor, das uns vorliegt und das lautet:

> Wir haben im Westen Berlins eins
> der bekanntesten und vornehmsten
> Sektlokale mit Tanz
> zum Preise von 400 000.— bei möglichster
> Auszahlung zu verkaufen.
> Tageskasse ca. 12 000.—, nur Nachtbetrieb.
> Ernsthafte Reflektanten erfahren Näheres
> durch
> Ernst Rempel, Nürnberger Str. 19,
> Steinplatz 15 273.

Danach beträgt die Tageskasse 12 000 M. Bezeichnend ist der Hinweis: nur Nachtbetrieb. Daß das verkäufliche Lokal nicht im Norden, sondern im vornehmen Westen Berlins liegt, ist selbstverständlich. Die Kriegsgewinnler sind natürlich die Stammgäste „in der Nacht, wenn die Liebe erwacht".

Zu der Räumung des Garnisonlazaretts [illegible] wird uns von dem Vertrauensmann der Kiefer- und gesichtsverletzten Kameraden, die im Lazarett untergebracht werden sollen, mitgeteilt, daß es nicht möglich gewesen war, andere Räume zu beschaffen, die völlige Ausheilung aber noch eine drei- bis vierjährige Behandlung erfordere. Die Persönlichkeit des Arztes spiele bei Auswahl des Lazaretts keine Rolle.

Das Betriebsrätegesetz war das Thema von 30 Versammlungen, die die Rechtssozialisten am gestrigen Mittwoch einberufen hatten. In verschiedenen Versammlungen fanden die Referenten Gegner ihrer regierungsfreundlichen Auffassung. In der Versammlung in Stralau wurde die von ihnen vorgelesene Resolution mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution, die von der Unabhängigen Partei verlesen wurde und die sich auf den Boden des vom Vollzugsrat ausgearbeiteten Betriebsrätegesetzes stellt, angenommen.

Nur keine Unabhängigen! Den konservativen Herrschaften der alten Schule schwillt wieder mächtig der Kamm. Am 9. November waren sie lammfromm den Arbeitern gegenüber. Heute, da sie wieder obenauf sind, dürfen sie sich die alten Frechheiten gegen die revolutionären Arbeiter erlauben. Ein Richard Garbrecht, Inhaber einer Maschinen- und Pflugfabrik in Goßlarshausen (Wpr.), erdreistet sich, an einen Schlosser, der sich um eine Stellung bei ihm bewarb, zu schreiben: er könne „nur gute, herrentreue, nationalgesinnte Leute gebrauchen. Und in der „Berliner Morgenpost" sucht ein unbelehrbarer Konservativer eine Frau oder ein kinderloses Ehepaar zur Instandhaltung der Wohnung und für häusliche Dienste. „Unabhängige Sozialdemokraten und noch weiter Linksstehende ausgeschlossen." Diese bornierten Herrschaften bilden sich offenbar ein, die Arbeiterschaft braucht sie. In Wirklichkeit ist es natürlich gerade umgekehrt. Und hoffentlich sorgt die Arbeiterschaft dafür, daß die Herren Ausbeuter bald nicht mehr in der Lage sind, eine Auswahl unter den Arbeitern nach politischen Gesichtspunkten vornehmen zu können.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier. Vom Donnerstag, den 18. September bis einschl. Montag, den 22. September fallen infolge der Reichsschulkonferenz sämtliche Kurse der Genossen Seinig, Winckelmann und Dr. Stähler aus. Der Kursus über Fabrikbuchführung beginnt am Montag, den 22. September um ½6 Uhr in der Kochstraße 13, Zimmer 137; der Kursus über Esperanto, Dienstag, den 24. September um 7 Uhr in der Kochstraße 13, Zimmer 140; der Kursus Rechnen am Montag, den 29. September um ½6 Uhr in der Kochstraße 13, Zimmer 133. Die Kursusgebühr beträgt M. 3,—; sie wird am ersten Unterrichtsabend erhoben.

Mutter und Kind in den Tod gegangen. Der in unserer Morgenausgabe vom Dienstag gemeldete Leichenfund einer Frau und eines Kindes in der Spree bei Treptow ist aufgeklärt worden. Es handelt sich um eine Frau Margarete Schmidt, geb. Riedhardt, die mit ihrem fünfjährigen einzigen Sohn den Tod in den Fluten gesucht hat. Eine unglückliche Ehe soll das Motiv zu der furchtbaren Tat gewesen sein.

Aus dem Gemeindeleben.

Staaken. Am Sonntag fand die Schöffenwahl statt. Einer der Herren Demokraten schrieb statt den Namen des Kandidaten die Nummer einer Liste auf den Stimmzettel. Der Stimmzettel wurde für ungültig erklärt, wodurch die Demokraten, denen ein Schöffe zustand, keinen erhielten. Es erhielten die U. S. P. drei und die S. P. D. einen Schöffen. — Das sind die „intellektuellen" Herren Demokraten, die den Arbeitern politische Unfähigkeiten vorwerfen, während sie nicht einmal die während der Wahl ausführlich verlesenen Wahlbestimmungen in ihr Gedächtnis aufzunehmen vermögen.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Sitzung der Referenten und Helfer der U. S. P. bei der Landagitation am Freitag abend 7 Uhr im Volkshaus.

Vereinskalender.

Angestellte der Stock- und Schirmbranche! Versammlung Freitag, den 19. d. M., abends 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Tagesordnung: 1. Stand der Lohnbewegung.

Buchbinder-Verband — Kartonbranche. Am Freitag, 19. September, nachmittags 4½ Uhr, in L. Boeckers Festsälen, Weberstraße 17, Branchenversammlung aller Kartonarbeiter und Arbeiterinnen. Äußerst wichtige Tagesordnung. Niemand darf fehlen. Die Branchenleitung. Emil Priemer.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die Freiheit-Speditionen

und die Haupt-Expedition, Schiffbauerdamm 19, nehmen kleine Anzeigen für die „Freiheit" entgegen. Benutzt euer Parteiorgan als Ankündigungsmittel so oft ihr Gelegenheit dazu habt.
Der Erfolg ist sicher!

Die Gas-Sperrstunden existieren für Sie nicht — wenn Sie unsere vorzüglich bewährten Zimmer-Karbidlampen brennen! Bitte besuchen Sie uns oder verlangen Sie Preisliste gratis und franko! — Einzelverkauf zu Fabrikpreisen von 3.50 bis 26.— Mk. Franz Borowicz, Metallw., Berlin SO 26, Waldemarstr. 27. Fernruf: Moritzplatz 4678, 4676. Kein Laden. — Keine Ladenmiete. — Direkter Fabrikverkauf.

Frisch eingetroffen! Kakao van Houten per Pfd. 15.— M. gebrannter Kaffee „ „ 14.— M. außerdem Schokolade, Van Eta, Schweizer sowie diverse Kernseifen. F. P. Adolf Kauffmann, Berlin S. 14, Wallstr. 55/56.

Dr. med. Karl Reinhardt Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse) Haut- und Harnarzt. bewährte, fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6—½10 abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1.25).

Baugenossenschaft nimmt noch einige Mitglieder auf. Bau von Einzelhäusern südl. u. westl. Vorort ½ Std. von Berlin. Geringe Kapitalanlage, besonders günstig. Näheres „Ansiedlung" Berlin W 8, Jägerstr. 13.

Nicht in 6—8 Wochen sondern in 3—5 Tagen werden alle Militär- und Zivilgarderoben, Stoffe, Leinen, Laken, Seide etc. in jeder Farbe licht- und farbecht gefärbt. Trauersachen binnen 24 Stunden. Schnellfärberei, chem. Reinigung, Kunststopferei (Tel.: Amt) Nord-West. (Hansa 1078) (Gais & Sieg) Fabrik, Kontor u. Hauptgeschäft Gotzkowskystr. 13. Annahmestellen werden noch vergeben.

Verkäufe

Teppiche, Gardinen billig. Gelegenheitskaufhaus Schönborn, Ackerstraße 169/170, am Rosenthaler Platz.

Vornehme Herrenulster, Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, noch tellweise, sowie Pelzwaren jeder Art, allerhand Gold- und Silbersachen kaufen Sie am billigsten im Leihhaus Rosenthaler Straße 14 I.

Abendkleider, Bettstelle und Zubehör, Lampen aller Art. Gehlin, Alte Jakobstr. 26/27.

Fahrrad billig. Schmidt, Badstr. 13.

Fahrrad. hochmodern, Torpedofreilauf, Gummi, Mädchenstiefel 34, fast neu. Peyer, Colm Str. 16, III.

Handwagen, mit und ohne Federn von Mark 175.— an. — Größte Auswahl. — G. Wagner, Köpenicker Straße 71. (Kein Laden.)

Fahrradmäntel 45.00 extrastark 55.00, Luftschläuche 18.00, extrastarke Friedensware 25.00, Schlauchreifen, Drahtreifen. Wiederverkäufer Ermäßigung. Schlawe, Weinmeisterstrasse 4.

Billig! Zigarren, Zigaretten. W. Köhl, Alexanderstraße 37, im Hausflur.

Musikautomat „Stella", guterhalten, passend für Restaurateure, verkauft Frick, Brunnsberger Str. 21.

Leihhaus, Friedrichstr. 2 (Belle-Alliance-platz). Preiswerte Angebote von Pelzkragen, Muffen, Gehpelzen, Sportpelzen, Herrengarderobe, Goldwaren. Beleihung und Ankauf.

Möbel

Wohnungseinrichtung! Vollständige Stube und Küche 1290 M., helles Schlafzimmer mit Marmor und Spiegel 1680 Mark, Küchen, naturlasiert, in allen Farben, von 375 M. an. Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34. Eventuell Zahlungserleichterungen.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstr. 7, 1 Tr.

Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Küche, Ankleideschrank, Verschieden. einzelne Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, einzelnes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Paul Lehmann, Köpenicker Straße 154, 4 Etage. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten.

Einrichtungen, Schlafzimmer, hell eiche, nußbaum, 1960.—, Wohnzimmer 1960.—, Küchen, Ankleideschränke, Umbauten, Sofas. Zahlungserleichterung. Petersburger Straße 41. Versand nach auswärts.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lasiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 32 (Schönhauser Tor).

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig. Harnack, Tischlermeister, Annenstraße 51.

Parteigenossen Tischlerei gibt billig gebrauchte Möbel ab. Chorinerstr. 82.

MÖBEL - MÖBEL. Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl in 8 Etagen. Solide Preise, gediegene Ausführung. Vollständig eingerichtete und übersichtlich aufgestellte Musterräume in Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchenmöbeln. Sofa, Polsterbetten. Besichtigung erbeten. Langjährige Garantie.

Küchen, mit und ohne Anrichte, verkauft billig Kehnert, Grollmanstr. 2 (kein Laden), Quergeb. ptr. rechts.

Chaiselongues 95,00, Metallbetten, Doppelbetten, Ankleideschränke, Küchen. Mencke, Auguststr. 32A, Quergb.

Möbelkredit an jedermann. Bequeme An- und Abzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Gustav Görisch, Straßmer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof.

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden Badstraße Nr. 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Rath liefert komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Küchen. Teilzahlung gestattet. Elsasser Str. 44, am Oranienburger Tor.

Kleiderspind m. Vertiko, engl., 3/4, Friedensaufl. 225, Muschelbettstelle m. Matratze 125 verkauft Vogel, Ackerstraße 35.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Kaufgesuche

Kupfer sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" BRUNNENSTRASSE 11 (Nummer 11 genau beachten!) und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz). Tel.: Nord 1984, Neukölln 1939.

Messing, Kupfer! Sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Quecksilber! Zahngebisse! kauft zu Selbstverbrauch-Preisen „Metallschmelze Barnek" FENNSTRASSE 48 Tel.: Moabit 2364.

Platin! Silber! Münzen! zu Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Coha, Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz). Hausnummern genau beachten!

Platinankauf Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau Linke, Blücherstr. 40.

Silber, Gold, Münzen, Bruch, Platin, Zahngebisse kauft Gewürz, Adalbertstr. 31 (Kottbuser Tor). Tel.: Moritzplatz 11908.

Gold- u. Silberbruch, Quecksilber, Platin, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände sowie alle anderen Metalle kauft zu Höchstpreis. „Silberschmelze Henduck", Köpenicker Str. 187.

Platinabfälle! Zahngebisse! Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4243).

Platin, Zahngebisse. Gold-, Silberabfälle, sowie Rückstände, Kupfer, Messing, Zinn, Antimon, echt. Quecksilber, Celluloid, Filmabfälle, elektrische Kabeldrähte kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, nur Köpenicker Straße 20a (gegenüber der Manteuffelstraße).

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände u. Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenicker Straße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Metalle. Akten, Zeitungen, Lumpen, Weinflaschen kauft zu höchsten Tagespreisen Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9. Fernsprecher Neukölln 463.

Metallabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Zinn, Zinngeschirre, Spiralbohrer usw., Schmirgelleinen, kauft Freikoff, Kottbuser Damm 66, Telephon: Moritzplatz 13590.

Metallsammelstelle, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen kauft Christenat, Reichenberger Str. 37 (Kottbuser Tor).

Wir sind Großkäufer sämtlicher Kupferleitungen u. Litzen jeden Quantums zu den höchsten Tagespreisen. Paul Fleischer, Skalitzer Straße 43, Elektromaterialien-Großhandlung. Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 775, 1990, 1061.

Altmetalle kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreisen. Quecksilber 24, Metallschmelze Invalidenstraße 143. Norden 9545.

Kupfer, Messing, sämtliche Altmetalle, sowie Gold, Silber, Platin, Zahngebisse kauft Metall-Einkaufs-Zentrale Neanderstr. 15, Moritzpl. 667. Händler und Fabrikanten Engros-Preise.

Kupferleitungen, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Tagespreisen Elektrobüro Saabel, Brückenstr. 13, 3 Tr. (a. d. Jannowitzbrücke).

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3766 und 9846.

Kupferdrähte Metalle Kabel und Litzen für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstr. 34, Amt Pfalzburg 4553.

Kupferdraht, Silberdraht, sämtliche Installations-Artikel kauft und verkauft Merkur, Schönhauser Allee 28.

Kaufe jeden Posten Kupferleitungen, Kabel zu den höchsten Preisen. Elektrobüro, Lange Str. 27 I, Ecke Andreasstraße, Alex. 2999.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schemann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Boschmagnete, neue Boschkerzen, kauft Tannenbaum, Köpenicker Straße 72, Laden. Mrpl. 12091. (2—7).

Schellack und Leim, auch pfundweise, kauft E. Thau, Berlin, Wiclefstr. 33 I, Moabit 2952.

Leim kauft auch das kleinste Quantum. Schimmel, Stargarder Straße 17, v. 4.

Möbel-Einkauf, kompl. Wirtschaften, auch einzelne Möbel kauft Vogel, Ackerstr. 35.

Fahrraddecken, Schläuche kaufe. Zahle höchste Preise. Sachocki, Schönhauser Allee 79.

Lampenschirmseide, auch Reste, kauft W. Hagedorn, Kochstraße 50 51. Zentr. 12685.

Schulreißbrett zu kaufen gesucht. Größe, Preisangabe. Günther, Merseburger Str. 10.

Nr. 33 der „Freiheit" vom 3. Dezember 1918 (1. Jahrgang) wird zurückgekauft vom Verlag der „Freiheit" Berlin, Schiffbauerdamm 19 III Zimmer 9.

Schreibmaschinen sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer. Hugo Schroeder, Charlottenburg, [illegible] Wilh. 4720.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnh. Schönholz. Reinickendorf 3118.

Spiralbohrer, nur neue, kauft Werkzeug-Handels-Zentrale Lange Str. 13.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten, kauft Martes, Löwestraße 3 III.

Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl kauft laufend Lebtecki, Kommandantenstraße 65. Tel. Moritzplatz 9282.

Spiralbohrer, Schreibmaschinen kauft Zimmer, Whitzauer Straße 19.

Spiralbohrer, Elektromotore, Kupfer, Messing, Schmirgelleinen kauft Wiegelmann, Schönhauser Allee 167a, Tr. 3—7.

Spiralbohrer Werkzeuge jeden Posten kauft Turowski, Chausseestr. 81/83.

Kaufe jeden Posten neue Spiralbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Sägeblätter, Feilen, Hämmer, Holzbohrer, Schmirgelleinen, Maschinen, Schloß- und Holzschrauben, Drahtstifte. Werkzeughandlg. Cotheniusstraße 17. Telephon: Königstadt 8607.

Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, jeden Posten, kauft Restaurant Kochhannstraße 39.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen usw., kauft höchstzahlend Abraham, Rostocker Straße 51.

Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, kowisch, nur neue kauft jeden Posten, 2—7 Uhr. Schade, Schivelbeiner Str. 36.

Spiralbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Schmirgelleinen kauft dauernd jeden Posten Zwick, Landsberger Allee 115, II. Etage.

Spiralbohrer, neue, kauft Industrie-Bedarfsartikel, Pankstraße 90, Quergeb. part. links 4—7.

Schnellbohrer, neue, jeden Posten sowie Schmirgelleinen kauft höchstzahlend Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

Verschiedenes

Säle für Versammlungen Vereine etc. frei!!! Kulante Bedingungen. Berliner Vereins- und Konzertsäle Kommandantenstr. 58 59. Central-Festsäle Alte Jakobstr. 32. Keller's Konzert- und Festsäle Koppenstr. 29. Graumann's Festsäle ab 1. Oktober Naunynstr. 27. In Seibicer & Bagor [illegible]

Der geehrten Einwohnerschaft von Staaken und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage hier, Kreigstr. 109, eine Fuhrgeschäft eröffnet habe. Es wird stets mein Bestreben sein, die geehrte Kundschaft reell zu bedienen. Staaken, den 16. Sept. 1919. Hochachtend E. Gumpert.

Haut- und Harnarzt Dr. med. Hascbé, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 11—1. Erfolgreiche Behandlung.

Rechts- und Auskunftsbüro, technische Übersetzungen. Gressink, Landsberger Allee 7.

Beleuchtung, modernste Elektrisch, Gas, auch Zahlungserleichterung. Fels & Co., Potsdamerstr. 36 I, Hochbahn Bülowstr.

„Wahrheit". Detektei. Direktor Kottbuser Damm 68, [illegible] straße 3, Neanderstr. 7, Frankfurter Str. 10, Emser Straße 39. [illegible] dungen. Strafsachen, [illegible] sachen, Gerichtsvertretung, allergrößte Erfolge! [illegible] Ehescheidungen [illegible] löschungen, Straf[illegible] gangen durch bekannte [illegible] teidiger! Detektiv[illegible] Viele Anerkennungen! auswärts!

Detektiv Dinger ermittelt alles, erteilt Auskunft. Hervorragende Erfolge. Prenzlauer Straße [illegible] Fernruf Alexander [illegible] Zweigbureau Hamburger [illegible] Wrangelstraße 34. Keiner Partei dienstbar.

Pfandscheine, [illegible] Möbel, kauft und [illegible] Noack, Rastenburger [illegible] Bahnhof Weißensee.

Gelddarlehen auf [illegible] sachen, Pfandscheine etc. [illegible] anos, Nähmaschinen [illegible] Kleiner, Erasmusstr. 1.

„Herrenzylinder [illegible] auf Damenhüte [illegible] in der Hutfabrik Große Frankfurter Straße 45 umgearbeitet.

Beleihung von [illegible] sachen, Möbeln usw. [illegible] Blumenstraße 50, handelsgerichtl. eingetr. Firma.

Unterricht

Richtig deutsch sprechen, schreiben [illegible] wachsene (auch abends) [illegible] erfolgreich tüchtiger [illegible] lehrer. Anfrag. unt. „P[illegible] karte 187", Briefpostamt [illegible]

Arbeitsmarkt

Botenfrauen werden sofort eingestellt Sped. Wutzky Johannisstraße 4.

Zeitungsfrauen sucht Spedition Hoch[illegible] Michaelkirchplatz 2.

Tiermarkt

Junghühner, Legehühner, 25.—, Enten, Tauben. Verkauf Prinzen-Allee 44.

Legehühner, Tauben, Enten, Gänse, Kaninchen, [illegible] kauft Stelas Kleintier[illegible] Wiener Straße 29.

Hundeverkauf [illegible] ankauf, Zentral-[illegible] Prenzlauer Straße 11, [illegible] Alexander 2818.

Genossen! Beachtet die Inserate!